



Österreich



Wien zeigt: SPÖ betreibt Sozialabbau?

Gegen den Sozialabbau des "roten" Wien entwickelt sich gewerkschaftlicher Widerstand. SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



Treffen kämpferischer GewerkschafterInnen

Am 11. Dezember kamen in Wien kämpferische GewerkschafterInnen aus verschiedenen Bundesländern zusammen, um der Frage "Wie können Arbeitskämpfe gewonnen werden?" nachzugehen. SEITE 3

Schwerpunkt



Wie konnte die Welle zur Todeswelle werden?

Fehlende Frühwarnsysteme, Bürgerkriege und ökonomische Interessen ließen den Tsunami erst zur Tragödie werden. Effizienter Hilfe stehen Profitgier und politische Interessen im Weg. SEITEN 4/5

Internationales



Neue Linkspartei in Deutschland!?

Rot-Grün hat es zu weit getrieben. Eine "Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit" formiert sich. Was bedeutet diese neue Partei für die ArbeitnehmerInnen in Deutschland? SEITE 7

Tausende Jobs wackeln: Zeit für Widerstand

Jobkiller Kapitalismus: Bei Austria Tabak, ÖBB, Philips, AKG, T-Mobile hagelt es blaue Briefe. Widerstand bleibt die einzige Chance!

Wolfgang Fischer,
SLP Wien-Mitte

"Vorschriften zur Arbeitszeit sind nicht mehr notwendig", so Wirtschaftsminister Bartenstein (derStandard, 5.7.2004). Wohin laut Regierung und Unternehmerverbänden die Reise gehen soll liegt auf der Hand. Trotz einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 42,9 Stunden (!), soll der gesetzlich mögliche Normalarbeitstag auf 12 Stunden, die Wochenarbeitszeit auf 60 Stunden ausgeweitet werden. Diese Angriffe finden vor dem Hintergrund einer tiefen strukturellen Krise der Weltwirtschaft statt: Überproduktion, Absatzschwierigkeiten und fallende Profitraten versuchen die KapitalistInnen durch eine verstärkte Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse wettzumachen.

LÄNGER ARBEITEN,
WENIGER GELD? NEIN DANKE!

Das Ausmaß der Angriffe zeigt in Deutschland bereits Parallelen zu den 1930er Jahren: Lohnkürzungen von bis zu 30% durch Flexibilisierung und Mehrarbeit (VW, Daimler Chrysler). Das Schlimme daran: Diese Verschlechterungen wurden unter Einbindung der Gewerkschaftsspitze „ausverhandelt“. Anstatt zu kämpfen ließ sich diese auf die Erpressungen des Managements ein und verkaufte die Kürzungen als angeblich notwendige Standortversicherung. Wir meinen: Arbeitszeitverlängerung kostet Arbeitsplätze, Lohnverzicht spielt nur ArbeitnehmerInnen verschiedener Produktionsstandorte gegeneinander aus.

KONSUMRÜCKGANG,
ARBEITSLOSIGKEIT & ARMUT

Die Arbeitslosigkeit in Österreich hat den höchsten Stand seit 1945 erreicht, im Jahreschnitt waren 286.525 Men-

schen auf Jobsuche, rund 800.000 Menschen waren 2004 zumindest einmal arbeitslos.

Im Dezember 2004 standen ca. 340.000 Menschen ohne Arbeitsplatz da (Quelle: AMS), wovon aber rund 40.000 in sogenannten Schulungsmaßnahmen „versteckt“ sind und somit aus der Statistik fielen. Besonders stark von Armut betroffen sind Jugendliche ohne Ausbildung, ältere Beschäftigte, MigrantInnen und vor allem junge und alleinerziehende Frauen.

ANGRIFFE AUF
ARBEITNEHMERINNEN

Während uns im österreichischen „Jubeljahr 2005“ eine pompöse Selbstinszenierung von Schüssel und Co. droht, wird im Hintergrund die Umverteilungspolitik mit Geschenken für Unternehmen und Angriffen auf ArbeiterInnen, Jugendliche, Arbeitslose und PensionistInnen weitergehen. Am 1.1.2005 sind bereits verschärfte Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitslose und ein auf 100 Tage verkürzter Berufsschutz in Kraft getreten. Wer danach noch keinen Job hat, kann branchenfremd und weit unter dem Qualifikationsniveau vermittelt werden. Callcenter-Billigjobs um 2,50 Euro pro Stunde sind im „Sozialstaat“ Österreich schon heute Realität! Soll das unsere Zukunft sein?

ARROGANZ FÜR ÖSTERARM
GESCHENKE FÜR ÖSTERREICH

Nicht nur die mageren Lohnabschlüsse 2004 decken mit rund 2 bis 2,5 Prozent oft nicht einmal die Teuerung ab! Eine Studie der Arbeiterkammer hat nachgewiesen, dass die österreichischen ArbeitnehmerInnen heuer real weniger in der Tasche haben als vor zehn Jahren. ([http://www.arbeiterkammer.com/www-](http://www.arbeiterkammer.com/www-2872-IPS-1.html)



2872-IPS-1.html). Ein zentrales Anliegen der Schlüsselregierung bleibt die Abschaffung der Notstandshilfe und eine Überführung in die Sozialhilfe, aus einem Rechtsanspruch soll ein Almosenbezug werden. In den letzten Jahren gab es dafür eine massive Herabsetzung von Gewinnsteuern, eine Erhöhung von Massensteuern und Gebührenabgaben. Die Körperschaftssteuer (KÖST) wurde mit Jahreswechsel von 34% auf 25% gesenkt, real lag sie schon vor der Steuerreform auf dem Niveau der Slowakei von rund 18%.

PRIVATISIERUNG ÖFFENTLICHEN EIGENTUMS STOPPEN!

Während Ex-Vorstand Vorm Walde für seine 4-jährige Tätigkeit 1,2 Millionen Euro Abfindung kassiert - dafür müssten mehrere Schwerarbeiter

ihr Leben lang schufteten - sollen bis Ende 2009 weitere 10.000 ÖBB'lerInnen „abgebaut“ werden. Zudem wird von Vizekanzler Gorbach eine Abschaffung des Kündigungsschutzes gefordert. Erst nach massiven Protesten dementierte die SPÖ ihre Zustimmung - als Regierungspartei wäre es wohl bei dieser geblieben. Eventuelle Kampfmaßnahmen beantwortete Gorbach schon jetzt mit offenen Drohungen: Streiks will der Herr Vizekanzler durch die verschärfte gesetzliche Bestimmungen kriminalisieren.

KAMPF UM
JEDEN ARBEITSPLATZ!

Privatisierungen kosten ebenso wie die aktuellen Pläne der Unternehmer tausende Jobs. Ebenso warnt beispielsweise die Gewerkschaft der Pri-

vatangestellten: „Was die Regierung noch plant. Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung drohen abgeschafft zu werden“ (Kompetenz 1/05). Wir fordern: Kampf um jeden Arbeitsplatz und um jede Errungenschaft durch Mobilisierung der Betroffenen. Denn die Erfahrung lehrt leider auch: Was uns jetzt weggenommen wird, wird umso schwerer wieder erkämpft werden.

TERMINE

Freitag, 18.02.2005, Wien

DISKUSSION: „Was bedeutet es heute arbeitslos zu sein?“ SLP Wien-Nord (siehe S. 6)

Freitag, 25.02.2005, Wien

DISKUSSION: „Der 1-Euro-Job: Besser als Arbeitslosigkeit?“ SLP Wien-Süd (siehe S. 6)

Der Standpunkt

Liebe Gabi Burgstaller:
Keine halben Sachen

von Sonja Grusch



Im Jahr der Jubiläen wird die Regierung eine Jubiläum wohl unter den Tisch fallen lassen: vor 30 Jahren wurde mit der Einführung der Fristenlösung die Abtreibung straffrei gestellt. Aber dass selbst 2005 Gesetz nicht gleich Recht ist, zeigt sich z.B. in den westlichen Bundesländern. Es findet sich bis heute kein Krankenhaus, das Abbrüche durchführt und auch keine ÄrztInnen, die es wagen, dem Mobbing ihres Berufsstandes zu widerstehen. Mit 1.4.2005 wird es nun endlich im Salzburger Landeskrankenhaus möglich sein, einen Abbruch durchführen zu lassen. Ein großer Fortschritt! Ein wie großer Fortschritt? Landeshauptfrau Burgstaller hat sich gegen ÖVP, Kirche und radikale AbtreibungsgegnerInnen durchgesetzt. Aber es gibt noch viel zu tun: ein Abbruch soll 425 Euro kosten - für viele Frauen ein finanzielles Problem - liegt doch das Durchschnittseinkommen für Frauen in Österreich bei gerade 1000 Euro. Daher, liebe Gabi Burgstaller: keine halben Sachen, sondern Schwangerschaftsabbruch kostenlos. Liebe Gabi Burgstaller? In Sozialfragen, die gerade für Frauen von zentraler Bedeutung sind (besseres Sozialsystem - Entlastung für Frauen, Sozialabbau - Frauen müssen einspringen), geht die Salzburger SPÖ einen ähnlichen Weg wie Schwarz-Blau auf Bundesebene: Kürzungen im öffentlichen Dienst, Erhöhung von Abgaben und Gebühren (in der Stadt Salzburg bis zu 20 Prozent!). Rund 2100 Kinderbetreuungsplätze fehlen im ganzen Bundesland Salzburg. Ausgebaut werden soll nun die private Betreuung durch Tageseltern und die Nachmittagsbetreuung. Im Gegensatz zur SPÖ wollen wir existenzsichernde Ganztagsjobs, ausreichend öffentliche Kinderbetreuungsplätze und Ganztagschulen. Und vor den radikalen Abtreibungsgegnern müssen wir uns wohl auch selber schützen. Denn von der Schließung der sogenannten "Lebenszentren" der AbtreibungsgegnerInnen und Schutz von betroffenen Frauen, ÄrztInnen und Klinikpersonal will die „liebe Gabi“ leider wenig wissen. Sie distanziert sich lieber - wohl auch aus Rücksicht auf den Koalitionspartner ÖVP - von Demonstrationen gegen die katholischen Extremisten.

Impressum:

Offenlegung lt. §25 des Mediengesetzes
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Die SLP ist eine politische Partei, deren Vertretung nach Außen durch Bundessprecherin Mag. Sonja Grusch erfolgt. Die Redaktion der Zeitung Vorwärts hat John Evers inne. Grundlegende Richtung: Sozialistische Information im Sinne der Programmatik der SLP. Auflage: Entsprechend der Thematik unterschiedlich.
Sitz der Partei: 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Weiters zu 100% im Besitz der SLP befindet sich die sozialistische Gewerkschaftszeitung "Die Einheit".
Druck: Druckerei Fiona, Wien;
Herstellungs- und Verlagsort: Wien;
DVR: 0820202
Zulassungsnummer: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden:
PSK 8812.733

Wien zeigt: Die SPÖ betreibt Sozialabbau!

Auch in Wien herrscht der neoliberale Sparstift.

Michael Gehmacher,
BR-ÖHTB/Aktionsgruppe der
Plattform „Soziales in Wien“.

Nachrichten aus einer „roten“ Stadt: Dem Projekt „Echo“ für ImmigrantInnen-jugendliche wird mit Jahresende fast die ganze Subvention gestrichen. Das Drogen-Therapieprojekt „Change“ wird geschlossen - ein Ersatzprojekt ist derzeit nicht in Sicht.

VERSCHLECHTERUNGEN BEI DER SOZIALHILFE IN WIEN

390,33 Euro - dieser ohnehin zu geringe Richtsatz bleibt zwar gleich, aber damit müssen die LeistungsbezieherInnen jetzt mehr bezahlen. Früher wurde für Möbel, Kleidungsstücke, Schulsachen usw. („sonstige kleinere Bedürfnisse des täglichen Lebens“ im Amtsdeutsch) zusätzliches Geld ausbezahlt. Dieses wird stark beschränkt. Vor 2004 wurde Hilfe von karitativen Organisationen (z.B. von der Caritas) nicht in die Sozialhilfe einberechnet, heute wird die Sozialhilfe um den Anteil der karitativen Hilfe gekürzt! SPÖ-Sozialabbau ist auch der massive Anstieg der Mieten in Gemeindebauwohnungen (8 % 2004), davon betroffen sind vor allem junge Leute mit neuen Mietverträgen. Kein Wunder, dass die Zahl der Delogierungen in

Gemeindebauwohnungen massiv steigt: 1999 waren es noch 885, im Jahr 2003 bereits 1.209. Besonders dramatisch ist der Anstieg bei den Räumungsterminen: Rund 4% der ca. 220.000 GemeindebaumieterInnen waren 2003 von Obdachlosigkeit bedroht.

AUSGLIEDERUNG DES SOZIALWESENS IM ROSAROTEN WIEN

Mit 1.7. 04 wurde ein Großteil des Wiener Sozialwesens (MA 12 und MA 47) in den Fonds Soziales Wien (FSW) ausgegliedert (Vorwärts berichtete). Damit wird die Verwaltung und Vergabe eines Sozialbudgets von rund 750 Millionen Euro für rund 100.000 Wiener Betroffene und Sozialvereine mit über 15.000 MitarbeiterInnen an einen privaten Träger ausgegliedert. Mit diesem Schritt will die Gemeinde die politische Verantwortung für kommende Kürzungen abgeben. Da in den Sozialvereinen ca. 80% des Geldes der Gemeinde Wien bzw. des FSWs für Löhne ausgegeben wird, ist nicht zuletzt mit einer Verschlechterung bei der Bezahlung zu rechnen. EU-weit sollen nun auch die sozialen Dienstleistungen liberalisiert werden, die verbürgerlichte SPÖ reagiert nicht mit Widerstand und einer Umverteilungspolitik (wie etwa in den 20er und 30er-Jahren), sondern springt



Wien, 1. Juli 2004: Beschäftigte aus verschiedenen Betrieben des Wiener Sozialbereichs protestieren gegen die Ausgliederung des Sozialwesens in den Fonds Soziales Wien. Dies war - so betonen die AktivistInnen - erst der Anfang.

auf den neoliberalen Trend auf, indem sie Sozialleistungen nach unten drückt. Bezeichnend ist, dass alle diese Maßnahmen mit den Stimmen führender GewerkschafterInnen (Rudolf Hundsdorfer, Norbert Scheed, Sandra Frauenberger) beschlossen wurden.

WIDERSTAND REGT SICH!

Im Zuge der Gründung des FSW, entstand auch die Platt-

form „Soziales in Wien“, ein Zusammenschluss von betroffenen Gewerkschaften (HGPD, GPA, GDG), BetriebsrätInnen aus Sozial- und Pflegevereinen und „Sozial-Attac“. Eine erste Aktion gabs am 1.7. vor dem Rathaus, für März sind weitere Aktionen geplant. Damit es auch auf Wahlebene eine konsequente Kraft des Widerstandes gibt, hat die SLP ein Antreten bei der nächsten Gemeinderatswahl beschlossen!

TERMIN

Freitag, 4.02.2005, Wien

DISKUSSION: „Widerstand gegen den Wiener Sozialabbau“
Wir diskutieren mit Beschäftigten des Sozialbereichs die Auswirkungen der Ausgliederung des Sozialwesens in den Fonds Soziales Wien

SLP Wien-Süd (siehe S. 6) in Kooperation mit der Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

Her mit der Bildung!

Das Ergebnis der PISA-Studie aus Sicht einer Schülerin und Sozialistin

Von Nadine Schenner,
SLP Wien-Mitte

Sind die SchülerInnen zu dumm, die LehrerInnen nicht gut genug ausgebildet oder ist doch Gehrer schuld am schlechten Abschneiden der österreichischen SchülerInnen bei der Pisa-Studie? Der Streit um das Schulsystem verdichtet sich. Wären Gesamtschulen die Lösung oder müssten einfach „nur“ die AusländerInnenkinder besser Deutsch lernen? Im selben Atemzug stellt sich die Frage wie das denn funktionieren soll, wenn ständig beim Lehrpersonal gekürzt wird? Die Geschichte des Bildungsabbaus geht zurück in die 90er Jahre wo unter der SPÖ Selbstbehalte bei Schulbüchern eingeführt, Klassen vergrößert und die Freifahrt für StudentInnen abgeschafft wurde. Unter Schwarz-Blau wurde mit Stundenkürzungen bei gleichbleibendem Stoff und Studiengebühren fortgesetzt.

EINE FRAGE DES GELDES

Momentan ist in der Regierungskassa absolut kein Geld für Bildung da. Das behaupten Schüssel & Co. StudentInnen müssen in überfüllten Hörsälen am Boden sitzen ob-

wohl sie Studiengebühren zahlen, aber Hauptsache es ist Geld da, um Abfangjäger zu kaufen. Öffentliche Schulen argumentieren hingegen, aus Finanznot Werbeplakate von Bipa, Palmers und anderen Unternehmen in den Unterrichtsräumen aufhängen zu müssen. In meiner Schule werben regelmäßig VertreterInnen der Raiffeisenbank um neue KundInnen, aber trotz all dem funktionieren noch immer nicht alle Computer und es sitzen in jeder Klasse 36 SchülerInnen. Wer jetzt in eine Schule gehen will in der es Klopapier und genügend LehrerInnen gibt, muss zusätzlich zu den Steuern noch ein Schulgeld zahlen. Die Leute die genügend Geld haben, können es sich leisten, ihre Kinder in eine gute Schule zu geben, bei allen, die das nicht können, wird die Bildung weggespart.

SIND DIE SCHÜLERINNEN EINFACH ZU FAUL?

Fragt man ein 5-jähriges Kind ob es sich auf die Schule freut wird man in fast allen Fällen ein freudiges „Ja“ als Antwort erhalten. Das zeigt, dass Kinder und Jugendliche „von Haus aus“ nicht grundsätzlich abgeneigt sind etwas



zu lernen. Sie sind oft sogar sehr motiviert, sich mit Wissen zu bereichern. Warum aber verlieren die SchülerInnen mit der Zeit die Lust am Lernen? Auf der einen Seite steht man unter ständigem Leistungsdruck. Die Angst vor schlechten Noten, vor dem Sitzenbleiben. Die LehrerInnen stehen vor einem und beten den Unterrichtsstoff herunter, den man so schnell wie möglich und ohne zu hinterfragen schlucken sollte. Eine andere Unterrichtsform als Frontalunterricht wäre in einer Klasse mit 36 SchülerInnen auch gar nicht möglich. Auf der anderen Seite soll man motiviert sein und Freude am

lernen haben. Ein Widerspruch! Es wurden in den letzten Jahrzehnten viele neue Lehrformen entwickelt wie z.B. der Projektunterricht, bei dem man gemeinsam mit seinen KlassenkollegInnen mit Unterstützung der LehrerInnen den Stoff selber erarbeitet. Dies hat zum Vorteil, dass man lernt sich selbst etwas zu erarbeiten und es fördert die Teamarbeit. Allerdings wären die Voraussetzungen für solche Unterrichtsmethoden eine drastische Verringerung der Klassenschülerzahl auf ca. 12 SchülerInnen und eine dementsprechende Aufstockung der LehrerInnen. Doch das ist eine Kostenfrage, und das

Geld will uns die Regierung nicht gewähren. Warum? Und warum wollen die Unternehmen nicht, dass wir kritisch denken lernen? Je weniger wir lernen, uns zu organisieren und ihre Logik zu hinterfragen, desto einfacher kann die Regierung Sozialabbau betreiben, desto weniger werden wir kämpfen, wenn die Unternehmen uns den Lohn kürzen wollen.

BILDUNG IST EIN RECHT DAS UNS ZUSTEHT

Notwendig ist freier Bildungszugang für alle, keine Selektierung in Arm und Reich, und zwischen Aus- und InländerInnen. Keine Unterteilung in Hauptschule und AHS sondern gemeinsamer Unterricht für alle bis 18 mit integrierten Lehrwerkstätten, um ein möglichst breites Spektrum an Allgemeinwissen in Kombination mit einer frei wählbaren Berufsausbildung zu haben. Senkung der SchülerInnenzahl pro Klasse auf 15, um die notwendige individuelle Betreuung zu garantieren. Es ist genug Geld da, daher Ausbau der Bildung und Rücknahme aller Kürzungen. Bildung ist kein Privileg, sondern ein Recht, das uns zusteht!

Wie können Arbeitskämpfe gewonnen werden?

Zweites bundesweites Treffen der Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften (PKDG)

Ein Bericht von Franz Breier jun., Sonja Grusch, Ken Horwarth und Gilbert Medwed

Was taten 40 GewerkschaftsaktivistInnen aus vier Bundesländern, sechs Fachgewerkschaften und mit Altersunterschieden von über 50 Jahren am 11. Dezember? Sie diskutierten beim zweiten bundesweiten Treffen der Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften (PKDG): "Wie können Arbeitskämpfe gewonnen werden?" Die PKDG war im Oktober 2003 gegründet worden. Sie umfasst BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen und GewerkschaftsaktivistInnen aus verschiedenen Fachgewerkschaften und ist fraktionsübergreifend. Gemeinsam ist das Ziel, den ÖGB und die Fachgewerkschaften zu demokratischen Kampforganisationen der Beschäftigten zu machen. In Arbeitskreisen und bei einer Podiumsdiskussion wurden die Streiks 2003 und 2004 bilanziert. Zu Solidarität und Aktivität wurden konkrete Beispiele gebracht. Massive Kritik gab es an der ÖGB-Führung und ihrer zögerlichen Haltung. Die Stimmung unter den TeilnehmerInnen war gut und am Ende meinte einer der Teilnehmer "Was ich mitnehme für erfolgreiche Kämpfe: aktiv und branchenübergreifend".

Viele KollegInnen, aus traditionellen Bereichen wie dem Sozial- und Gesundheitswesen, von den ÖBB, aus der ehemaligen Verstaatlichten, aber auch aus neuen Bereichen - wie der IT-Branche bzw. Freie DienstnehmerInnen - haben die Stimmung in den Betrieben beschrieben. Ein wichtiger Teil des bundesweiten Treffens, bestand darin, sich zusammenzuschließen und Strategien für eine kämpferische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit zu entwickeln.

"Einerseits wissen wir, dass wir selber was tun müssen, andererseits warten wir darauf, dass die Linie von oben vorgeben wird, diese Problematik setzte sich dann in der Belegschaft fort. Ich überlege, was ich tun kann und hoffe, dass ich von dieser Veranstaltung einiges mitnehmen werde", so Martin Holzmann, Angestelltenbetriebsratsvorsitzender aus dem Wiener Hanusch-Spital. Mit "Irgendwas muss geschehen!" brachte Holzmann die Stimmung in der Belegschaft auf den Punkt. Im Hanusch, das der Wiener Gebietskrankenkasse gehört und damit der SPÖ nahe steht, wurden bereits vier Ambulanzen geschlossen, weitere können folgen. Bei den ÖBB gibt es Personalabbau und neue Dienstpläne, die im Turnusdienst zu extremen Verschlechterungen führen. Selma Schacht, Betriebsrätin in einem Kinder- und Jugendbetreuungsverein, wies auf die hohe Bereitschaft zur Selbstausbeutung im Sozialbereich hin und darauf, dass die Be-



Links oben: Ein Kollege trägt sich in die Liste der Plattform-InteressentInnen ein. Links unten: Mit großer Aufmerksamkeit folgen die Anwesenden den Ausführungen verschiedenster KollegInnen. Rechts: Selma Schacht und Peter Pfeifer am Podium zum Thema "Wie können Arbeitskämpfe gewonnen werden?"

schäftigten noch stärker als für ihre eigenen Interessen für jene der KlientInnen kämpfen. Diese Opferbereitschaft wird von der Regierung auch missbraucht, indem die Beschäftigten im Sozialbereich mit immer kleineren Budgets immer mehr leisten müssen - auf Bundesebene genauso wie in Wien. Die Ausgliederung weiterer Teile des Sozialbereichs durch die Stadt Wien, die für die Beschäftigten eine Reihe von Verschlechterungen bringen, wird daher in den kommenden Monaten einer der Brennpunkte der Polarisierung sein.

"DIE ÖGB-SPITZE LÄSST UNS IM STICH"

Als GPA-Vorsitzender Sallmutter Ende 2004 meinte, die Beschäftigten wären nicht bereit, zu kämpfen, erinnerte das an die platten Ausreden der ÖGB-Führung in den 80er und 90er Jahren. Bei den Streiks 2003 und 2004, an denen mehr als ein Drittel aller Beschäftigten beteiligt waren, ist die Kampfbereitschaft deutlich geworden. Das Problem sieht ganz anders aus, wie eine Kollegin aus dem Krankenpflegebereich es formulierte: "Die ÖGB-Spitze lässt uns im Stich". Gerhard, Beschäftigter einer ehemaligen VA-Tech-Firma brachte es auf den Punkt: "die Gewerkschaft hat 2003 nicht offensiv für Ziele gekämpft, sondern für die Sozialpartnerschaft, um als Partner akzeptiert zu werden. Diese Sozialpartnerschaft gibt es aber schon längst nicht mehr. Es ist nicht die Aufgabe der Gewerkschaft, dabei mit zu verhandeln, wo und wie bei den Beschäftigten gekürzt wird, sondern dies zu verhindern. Einige Tage danach, am 16. Dezember bei der Betriebsversammlung der Postbus-KollegInnen war der Applaus am lautesten, als ein oberösterreichischer Kollege forderte, der ÖGB solle sich endlich dazu

entschließen, zu handeln. Ein wesentliches Problem hierbei ist die Verbindung der Gewerkschaftsspitze zur SPÖ. Thomas, ein oberösterreichischer Betriebsrat aus dem Metallbereich, erzählte von Beschwerden seiner KollegInnen über die Gewerkschaftsspitze, "die zwar die jetzige Regierung kritisieren, aber ruhig war, als die SPÖ in der Regierung war". Michael Gehmacher, Gewerkschaftssprecher der SLP und Mitarbeiter in der PKDG, betont den überfraktionellen Charakter der PKDG, in der auch KollegInnen der FSG mitarbeiten. Er weist aber auch darauf hin, dass die Verbundenheit mit der SPÖ ein Hindernis für die Verteidigung von

ArbeitnehmerInnenrechten ist und daher die beste FSG-Politik jene ist, die unabhängig von der SPÖ passiert.

"DIE SIND ALLE WEGEN UNS DA?!"

Solidarität ist nicht nur der Titel der ÖGB-Zeitung, sondern wesentlich für erfolgreiche Arbeitskämpfe. Die meisten Beschäftigten haben 2003/04 diese Solidarität erstmals erlebt. Im Bericht von Peter Pfeiffer, dem stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden beim Fahrradbotendienst VELOCE, wird das deutlich. Als bei der Demonstration der BotInnen auch viele "SonntagsradfahrerInnen" kamen, um sich zu so-

lidarisieren, staunten viele Veloce-BotInnen: "Die sind alle wegen uns da?!" Der Beitrag von Kollegen Pfeiffer unterstrich auch, wie wichtig es ist, bei Streiks mit Aktionen nach außen zu gehen und einen aktiven Streik durchzuführen. Die Solidarität, die man bekommt, überrascht und bestärkt viele KollegInnen.: "Gemeinsam wurde, mit Plakaten auf den Rucksäcken, der Ring befahren. Dadurch wurden die Öffentlichkeit und die Medien auf den Streik aufmerksam. Die Solidaritätsbekundungen von Passanten - sogar unsere "natürlichen Feinde", die TaxlerInnen, waren auf unserer Seite - und das plötzliche Medieninteresse bestärkten die

Streikenden.", so Peter Pfeiffer. Der Streik bei Veloce war der erste von Freien DienstnehmerInnen. Bemerkenswert dabei die Schwierigkeiten, die überwunden wurden: die Beschäftigung als Freie DienstnehmerInnen, sowie die fehlenden Kontakte während der Dienstzeit waren zentrale Hindernisse, doch konnte dank guter Kommunikation und der Solidarität, auch von Seiten der Kundschaft, der Streik über zwei Wochen erfolgreich geführt werden.

Solidarisch waren auch die TeilnehmerInnen des bundesweiten Treffens - es gab Solidaritätsbotschaften für Marc Treude, einen sozialistischen Betriebsrat in Aachen, der wegen seines Kampfes für Arbeitsplätze entlassen wurde. Und für die ArbeiterInnen bei Neusiedler/Mondi in der slowakischen Republik deren Kampf für höhere Löhne ebenfalls mit Entlassungen beantwortet wurde. Und mit den KollegInnen beim Postbus in Österreich, die sich gegen die Privatisierung wehren. Das zweite bundesweite Treffen der PKDG war ein voller Erfolg - und der Auftakt für weitere Aktionen. Denn nur ein kämpferischer und demokratischer ÖGB kann Arbeitskämpfe heute gewinnen.

MACH MIT BEI DER PLATTFORM!

Nächstes Treffen in Wien am 4. Februar (siehe Termin Seite 2).

Weitere Treffen in Wien und Oberösterreich bitte erfragen: Tel. 01/524 63 10 oder E-Mail: wastun@gewerkschaftsplattform.org

EisenbahnerInnen setzen sich zur Wehr

Streikabbruch war ein Fehler

Einer der Arbeitskreise des bundesweiten Plattform-Treffens beschäftigte sich mit den Verschlechterungen bei den ÖBB. Eisenbahner aus Tirol, OÖ und Wien waren anwesend. Anfangs wurde die Stimmungslage nach dem Ergebnis der Dienstrechts-Verhandlungen geschildert: „Es gibt viele GdE-Austritte“; „Viele hatten bis gestern keinen Dienstplan“; „Es herrscht Chaos“. Das sind unter anderem die Folgen des Streikabbruchs von 2003 durch die Gewerkschaftsspitze. War es im Frühjahr 2003 noch nicht so klar, werden nun große Lohnverluste sichtbar.

1 VORSTAND = 60 VERSCHIEBER

Während die Hetze gegen die EisenbahnerInnen leider weite Kreise gezogen hat, werden der Öffentlichkeit die wirklichen Privilegien verschwiegen. So erhält der ehemalige ÖBB-Chef sowie ÖBB-Personenverkehrs-Vorstand



11. 12. in Wien: Kollegen von den ÖBB diskutieren über mögliche Chancen für kämpferische Kandidaturen bei den nächsten Personalvertretungswahlen.

Vorm Walde eine Abschlagszahlung von 1,2 Mio. Euro. Mit den Kosten für einen Vorstand könnten 60 Verschieber bezahlt werden. Stattdessen sollen tausende Jobs vernichtet werden.

NEUE KÄMPFERISCHE STRUKTUREN

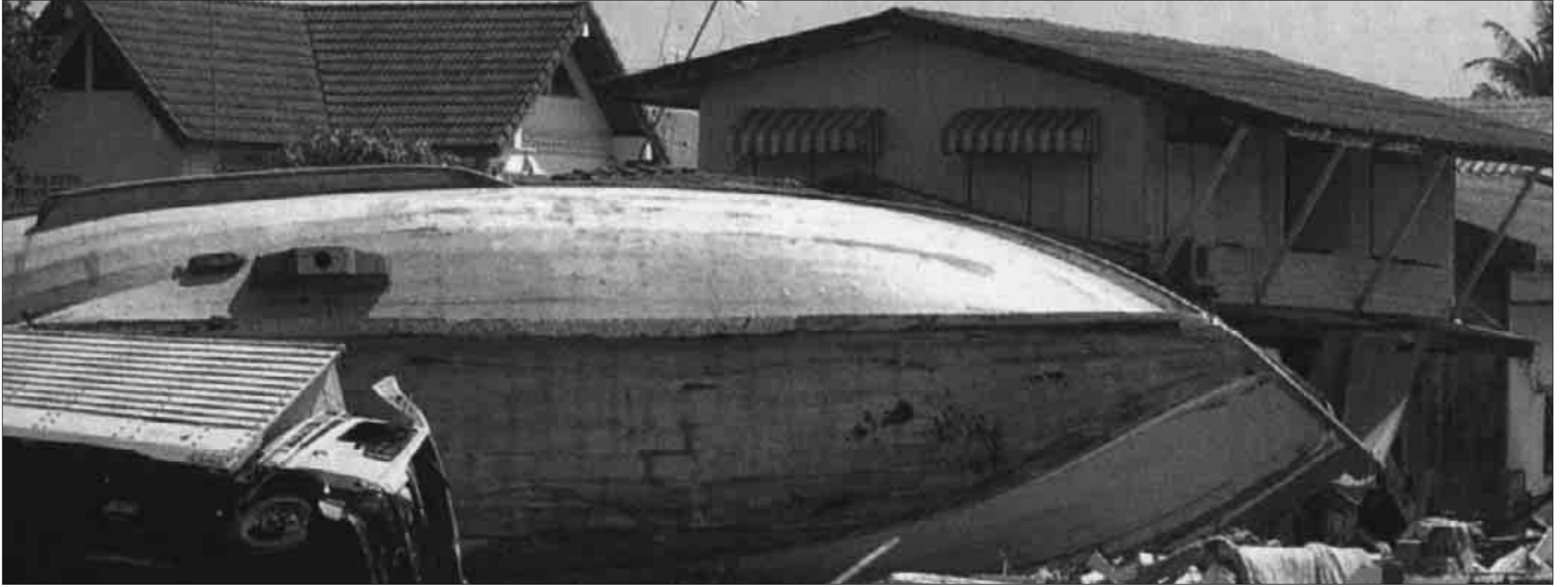
Die Zerschlagung der Bahn in viele kleine Betriebe dürfte auch der Gewerkschaft, wie sie

bisher bekannt war, den Garaus machen. Ein Kollege meinte gar, die GdE würde „auf 10 % schrumpfen“. Trotz der Rückschläge kann es aber auch Chancen aufgrund dieser ganzen Umbrüche geben: Zum Beispiel, wenn nun durch die kommenden Betriebsratswahlen kämpferische KollegInnen gewählt werden würden. Einer der Vorteile von solchen Betriebsräten kann in Zukunft sein,

dass sie bundesweit in ihrem jeweiligen Bereich die Vertretung darstellen. Auf dieser Grundlage könnte es zu einer Zusammenarbeit solcher KollegInnen kommen, die nicht durch die alte Gewerkschaftsführung überwacht und kontrolliert wird.

KÄMPFERISCHE KAMPAGNE NOTWENDIG

Auch wenn die Stimmung unter den EisenbahnerInnen derzeit nicht so ist, wie im Herbst 2003 vor dem Streik; es gibt eine Reihe von Themen, um die eine kämpferische Kampagne aufgebaut werden kann und muss. Es sind dies vor allem die Frage von Kündigungen/Personalabbau und die Arbeitszeiten. Der jüngste Angriff von Minister Gorbach auf den verbleibenden Kündigungsschutz bei den EisenbahnerInnen ist die Fortsetzung der allgemeinen Kahlschlagspolitik gegenüber ArbeitnehmerInnen-Rechten und ihrem Lebensstandard.



Wie konnte die Welle zur Todeswelle werden?

Tsunami: Erst Kapitalismus führt zur Katastrophe

Von Sonja Grusch, SLP Wien -Nord

Der Tsunami - die Flutwelle - vom 26. Dezember hat weltweit Entsetzen ausgelöst. Die Zahl der Todesopfer wird laufend nach oben korrigiert. Millionen haben alles verloren und leben - bestenfalls - in Flüchtlingslagern. Weltweit ist das Mitgefühl mit den Betroffenen enorm, zahllos sind Berichte über die Hilfsbereitschaft und Spendengelder. Viele fragen sich aber auch: hät-

Dollar hätten gereicht, um ein entsprechendes Warnnetzwerk im Indischen Ozean zu installieren. Es ist eine politische Entscheidung, ob Geld eingesetzt wird, um solche Frühwarnsysteme einzurichten. Heute ist die Welt insgesamt reich genug, um sich diese Sicherheit leisten zu können. Aber beispielsweise Regierungen wie jene in Sri Lanka und Indonesien verwenden das Geld lieber für den Ankauf von Waffen und die Ausrüstung ihrer Armeen um den Bürgerkrieg

Weil Armut eine der Ursachen für das Ausmaß der Katastrophe ist, muss die Armut beseitigt werden!

nen Frieden gebracht, sondern im Gegenteil Kriege geführt, bzw. legitimiert. Und jetzt hat sie bewiesen, dass sie nicht einmal als Informationsstruktur nützlich ist. Im Indischen Ozean, ca. 900 km südlich der Malediven, liegt die kleine Insel Diego Garcia. Im Gegensatz zu den Malediven, oder auch der weit westlich liegenden ostafrikanischen Küste, gab es auf Diego Garcia keine Opfer. Denn diese Insel dient vor allem als US-Luftwaffenstützpunkt. Dieser wurde gewarnt, jedeR und alles konnte rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Das bedeutet, dass die US-Army und wohl auch das Verteidigungsministerium und damit die obersten Stellen in den USA bereits wenige Minuten nach dem Beben informiert und gewarnt waren. Eine Stunde brauchte die Flutwelle bis zu den Küsten Thailands und Malaysias, zwei bis Indien und Sri Lanka, drei bis zu den Malediven.

Ein Frühwarnsystem allein reicht aber nicht aus - es braucht auch ein Kommunikationssystem und den Willen der Behörden, eine Warnung rauszugeben. Daran mangelte es offenbar zumindest in Indonesien und Thailand, die bei-

dischen Küste von Tamil Nadu, gab es am 26. Dezember keine Opfer. Vijayakumar, ein junger Mann, der als Gastarbeiter in Singapur arbeitet sah dort die Tsunami Warnung. Sofort informierte er die örtlichen Behörden in Nallayadu, die Sirenen heulten und über diverse Kommunikationskanäle wurde die Bevölkerung rechtzeitig gewarnt. Die Folgen der Flutwelle sind also keine unabwendbare „Strafe Gottes“ wie es ein australischer Kirchenvertreter behauptet hat.

SICHERHEIT - EINE FRAGE DER RESSOURCEN

Was fehlt ist das Geld, um die regionalen und lokalen Behörden mit Internet, Telefon und ausreichend geschultem Personal auszustatten. Notwendig ist es, dass Sicherheit Vorrang hat, dass jede Warnung ernst genommen wird. Notwendig ist es auch, dass präventiv (also im Vorhinein) in Schutzmaßnahmen und Informationsnetzwerke investiert wird. Das bedeutet z.B., dass überall - und nicht nur wie jetzt in reichen Gegenden - erdbebensicher gebaut wird. Am 26. Dezember 2003 starben im Iran 41.000 Menschen bei einem Erdbeben der Stärke fünf auf der Richterskala, am 22. Dezember 2003 starben in Kalifornien nur zwei Menschen bei einem Beben der Stärke 6,5. In den USA ist mehr Geld für erdbebensicheres Bauen da. Die Opfer von „Naturkatastrophen“ sind oft das Ergebnis von schlechter, billiger Bauweise bzw. von fehlenden Sicherheitsvorkehrungen. Weltweit wird heute präventiv: gerade in diesen Betrieben wird oft zuerst bei der Sicherheit gespart. Die Todesopfer bei British Rail zeigen es. Auch im Flugverkehr fällt die Sicherheit dem Rotstift zum Opfer. Profitdenken geht stets auf Kosten der Sicherheit.

Die UNO rechnet mit einer Verdoppelung der Opfer durch Seuchen und Krankheiten. Weil es „zu teuer“ ist, sind die Menschen in dieser Region nicht gegen Typhus, Cholera, Hepatitis

Für ein weltweites Frühwarnsystem, mit Stationen in allen gefährdeten Regionen, bei dem die verschiedenen Forschungsstationen vernetzt sind und unmittelbar nach einem Erdbeben eine Tsunami-Warnung herausgeben.

te die Katastrophe verhindert werden können? „Es gibt keinen Grund dafür, dass eine einzige Person bei einem Tsunami getötet wird“ sagte Tad Murty, ein kanadischer Tsunami-Spezialist. Ein Erdbeben ist nicht vorhersehbar - eine dadurch ausgelöste Flutwelle (eben ein Tsunami) - aber schon.

Heute gibt es nur wenige Tsunami-Frühwarnstationen. Seit 1949 existiert in Hawaii das Pazifische Tsunami Warn-Center (PTWC), seit 1995 das Tiefsee-Tsunami-Einschätzungs- und Berichts-System (DART), ebenfalls im Pazifik. Im Juni 2004 erklärten SpezialistInnen bei einem Treffen der Zwischenstaatlichen Ozeanographischen Kommission der UNO, dass der „Indische Ozean durch örtliche und entfernte Tsunamis beträchtlich bedroht ist“ und deshalb ein Warnnetzwerk nötig wäre. Aber keine Maßnahmen wurden beschlossen. Die gesamten Kosten Systems DART betragen 2002 gerade einmal zwei Millionen Dollar. Ein paar Millionen

in den Tamilen-Gebieten im Norden Sri Lankas bzw. in Aceh weiter zu führen. Diese Regierungen haben ihre Prioritäten eben anders gesetzt.

Die Existenz von Forschungsstationen reicht nicht aus. Im PTWC in Hawaii wurde das Erdbeben vor Sumatra registriert - aber nichts geschah. Charles McCreery, Leiter des PTWC meinte „Wir haben keine Kontakte in unserem Adressbuch in diesem Teil der Welt.“ Das wirft

Für ein Warnsystem, dass die Sicherheit der Menschen an oberste Stelle stellt.

die Frage auf: Wozu gibt es Organisationen wie die UNO, wenn sie nicht in der Lage sind, ein Email- und Telefonverzeichnis zu produzieren, das in solchen Fällen eingesetzt werden kann?! Das macht einmal mehr deutlich, dass die vor 60 Jahren gegründete UNO versagt, wenn es um das Wohl der Menschen geht. Sie hat bisher kei-

de Mitglied im Warnsystem PTWC sind und daher informiert wurden. Trotzdem wurde nicht gewarnt - etwa aus Angst vor einem Fehlalarm mit Massenpanik und negativen Folgen für den Tourismus? Schon vor fünf Jahren wurden rund 2000 Menschen auf Thailand durch einen Tsunami als Folge eines Erdbebens in Papua Neuguinea (gehört zu Indonesien) getötet, weil die Behörden aus „Rücksicht“ auf die Tourismusindustrie nicht informierten. Kann es uns nicht auch in Österreich passieren, dass, aus Angst vor Schäden für die Wirtschaft, z.B. nicht vor Lawinen oder auch vor Gift im Essen gewarnt wird? In Nallavadu, einem kleinen Ort an der süd-

Für internationale Strukturen, die im Interesse der Menschen agieren, um durch rechtzeitigen Informationsaustausch Leben zu retten.

und andere Krankheiten geimpft. Weil „kein Geld da ist“ gibt es keine ausreichende Infrastruktur. Die Flutwelle hat die ganze Region v.a. deshalb so stark betroffen, weil die Menschen zum Großteil sehr arm sind. Diese Armut ist aber nicht „natürlich“. Als Folge von Kolonialismus und Imperialismus sind diese Länder Jahrhunderte lang ausgebeutet worden. Die Rohstoffe wurden billig auf den Weltmarkt geworfen, die Menschen wurden als billige Arbeitskräfte benützt. Der Reichtum der Länder wurde exportiert und steigerte die Gewinne internationaler Unternehmen. Ganz bewusst wurde durch den Einfluss der imperialistischen Staaten verhindert, dass sich in diesen Ländern eigenständige Industrie entwickelte bzw. wenn, dann v.a. als Zulieferindustrie. Länder wie Sri Lanka verkauften billig ihre Rohstoffe und mussten teuer Industriegüter einkaufen. Dadurch entstand die Verschuldung, die heute ein massives Problem dieser Staaten ist. Alleine für die Zinsen dieser Kredite muss Indonesien jährlich 13,7 Milliarden Dollar zahlen, Indien 13 Milliarden, Thailand 17,9 Milliarden, Sri Lanka 653 Millionen und die Malediven 20,8 Millionen. Im Gegensatz dazu sind die zugesagten Hilfgelder lächerlich. Die USA wollte ursprünglich nur 15 Millionen Dollar zahlen (sie gibt ca. vier Milliarden Dollar pro Woche für die Besetzung des Irak aus). Auch die 4-5 Milliarden Dollar die von UNO-Seite angekündigt wurden, sind im Vergleich mit den Schulden der betroffenen Länder (insgesamt ca. 360 Milliarden Auslandsschulden) nur wie der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

VON STREICHUNG DER SCHULDEN UND SOZIALISMUS

Die Diskussionen über die Stundung der Schulden sind ebenso scheinheilig wie die mageren Spendenzusagen der Regierungen. Die Schulden sind das Ergebnis der Ausbeutung der sogenannten „3. Welt“ in den letzten Jahrhunderten. Die SLP fordert seit vielen Jahren die Streichung dieser Schulden. Heute gibt es die Gelegenheit, auf Basis der Welle von Solidarität für die Opfer in Südostasien, diese Forderung nach vorne zu tragen. Die enorme Hilfsbereitschaft der „einfachen“ Menschen beschämt die Regierungen und Wohlhabenden immer und immer wieder. Die Hilfsorganisationen können sich der Freiwilligen kaum erwehren, in Britannien haben arbeitslose Bauarbeiter angeboten, in die Krisenregionen zu fahren, um dort zu helfen - und sich sogar den Flug selbst zu zahlen. Die Spenden erreichen Rekordhöhen. Der Großteil der Spenden kommt von Menschen, die selbst nicht viel haben. Laut einer Untersuchung der Charities Aid Foundation geben die reichsten 10% der BritInnen nur 0,7 % ihrer Haushaltsausgaben für wohltätige Zwecke aus, während die ärmsten 10% immerhin 3% dafür ausgeben! Die Forderung nach einer steuerlichen Absetzbarkeit von Spenden - wie sie Kirchen, Medien, aber auch Grüne erheben - scheint angesichts dieser Fakten, nur als ein Versuch, ein neuerliches Steuerschlupfloch für Reiche zu öffnen.

ERDBEBEN KÖNNEN NICHT VERHINDERT WERDEN - KATASTROPHEN SCHON

Die Katastrophe, bzw. ihre Folgen hätte verhindert werden können: nur wäre das im Kapitalismus nicht profitabel gewesen. Geradezu widerlich ist die Schamlosigkeit, mit der Unternehmen und Banken versuchen, die Katastrophe zu Werbe- und Profitzwecken zu missbrauchen: Die österreichische Firma Niedermeyer verkauft beispielsweise ihre eigenen Werbefeuerverzeuge als „Licht“ für die Flutopfer und behält von jedem Euro der herein kommt 17 Prozent für die Selbstkosten ein. Solche PR-Gags spielen lediglich zynisch mit der Hilfsbereitschaft der ArbeiterInnenklasse. Das Komitee für eine ArbeiterInneninternationale (CWI) fordert Hilfe, die wirklich und dauerhaft den Betroffenen zugute kommt und von diesen selbst verwaltet wird (siehe Kasten). Die Folgen des Tsunami haben gezeigt, dass unter einer kapitalistischen Profitwirtschaft die Menschen nicht ausreichend geschützt werden, ja das sogar Opfer in Kauf genommen werden. In einer sozialistischen Gesellschaft wird nicht bei der Sicherheit gespart, jede Warnung wird ernstgenommen und es gibt eine Grundversorgung, die Armut ausrottet. In einer sozialistischen Welt hätte das Erdbeben „natürlich“ auch stattgefunden, aber die Katastrophe wäre ausgeblieben.

Demokratische Verwaltung der Hilfe nötig

Sri Lankesische SozialistInnen zeigen, wie Hilfe effektiv organisiert werden kann



Im Zentrum der bisherigen Berichterstattung steht das Leid der internationalen TouristInnen. Aber was wird geschehen, wenn alle AusländerInnen gefunden und außer Landes sind? Die Folgen der Zerstörungen werden noch viele Jahre zu sehen sein und die Hilfe wird weniger. Die Mitglieder und AktivistInnen der Schwersterpartei der SLP, der United Socialist Party (USP) in Sri Lanka gehören zu den unmittelbaren Opfern, aber die USP wird auch in Zukunft aktiv sein. Denn die sozialen und politischen Probleme sind nicht vorbei, nur weil nicht mehr darüber berichtet wird. In Sri Lanka war die soziale Lage schon vor dem 26. Dezember alles andere als rosig. Durch die Flutwelle haben viele Menschen aber nun alles verloren. Sie haben keine Versicherungen und es gibt kein staatliches Sozialnetz. Im Süden wurden die Bezirke Ampara und Galle völlig zerstört. Von Brücken, Strassen, Eisenbahnschienen und Häuser sind nur Schutt über. Mehr als 12 Spitäler und 37 Schulen wurden vollständig, 25 bzw. 90 teilweise zerstört. Im Norden des Landes sollen mehr als 200 Schulen zerstört sein. Ca. fünf Prozent der Bevölkerung sind nun obdachlos und leben in den rund 800 Auffanglagern.

„Unter dem Deckmantel eines höflichen humanitären Auftretens zieht die kapitalistische Klasse bereits Profit aus dem Tsunami-Geschäft“ berichtet Senan von der USP.

PROFIT MIT DEM ELENDE

Aus Britannien wurden Zahlen bekannt, dass die Banken alleine durch die Verwaltung der Spendengelder eine halbe Million Pfund pro Woche verdienen. Die USA hat angekündigt, ihre „Hilfe“ durch die USA abwickeln zu lassen, d.h. dass (wie schon im Irak) US-Firmen daran massiv verdienen werden.

Auch indische Unternehmen haben ihr Interesse angemeldet. Dass diese Form der „Hilfe“ auf

Kosten der Menschen in Sri Lanka geht, ist offensichtlich. Die Preise für Grundnahrungsmittel und Benzin (wichtig zum Kochen) schießen in die Höhe, was die soziale Katastrophe verschärft. Gleichzeitig zieht der Aktienmarkt und Währungsmarkt in Sri Lanka bereits Profit aus dem Tsunami.

MILITÄR NUTZT TSUNAMI

Seit über 20 Jahren gibt es in Sri Lanka Konflikte zwischen der tamilischen Bevölkerung im Norden und der (singhalesischen) Regierung. Seit einigen Jahren gibt es einen Waffenstillstand. Die einfache Bevölkerung aus dem Süden der Insel ist mehr als willig, Hilfe auch in den Norden, inklusive der von der LTTE („Tamilische Tiger“, eine Befreiungsbewegung) kontrollierten Gebiete, zu bringen. Aber die Regierung verhindert das. Militär und Regierung missbrauchen die Katastrophe, um gegen die tamilische Bevölkerung und die LTTE vorzugehen. Ähnlich ist die Situation auch in Aceh/Indonesien. Die Berichte häufen sich, dass Hilfslieferungen vom Militär nicht in den Norden Sri Lankas durchgelassen werden. Selbst UNO-Generalsekretär Kofi Annan durfte nicht in die tamilischen Gebiete. Auch die US-Regierung nützt die Katastrophe, um ihren lange gehegten Wunsch, eine Militärbasis in Trincomalee zu haben, in die Tat umzusetzen. Daher sind bereits Teile der Kriegsflotte und rund 1500 US-SoldatInnen eingetroffen.

DAS PROGRAMM DER USP

Die USP verbindet ihre Hilfe für die Betroffenen mit einer längeren Perspektive. Die jetzigen Maßnahmen sind nicht ausreichend, um die Not zu bekämpfen und den Menschen in Sri Lanka ein sicheres und würdevolles Leben zu gewährleisten. Die USP fordert daher:

- Größtmögliche Einheit um die nationalen Konflikte zu überwinden. Die ArbeiterInnen müssen sich gegen die Spaltungsversuche der Regierung zusammenschließen. Es darf keine Diskriminierung durch Volksgruppe, Religion oder Kastenzugehörigkeit geben.
- Alle Hilfslieferungen und -leistungen müssen demokratisch verwaltet werden. Komitees, gewählt von ArbeiterInnen und der armen Bevölkerung, soll die Hilfe koordinieren und verteilen. Die Menschen dürfen nicht wie BettlerInnen behandelt werden, sondern die Hilfe soll durch ein Rationierungssystem verteilt werden. Komitees der Obdachlosen sowie der lokalen Gewerkschaften und politischen Organisationen, je nach ihrer Unterstützung, sollen die Auffanglager verwalten.
- Banken und Privatunternehmen dürfen nicht an der Katastrophe verdienen. Kleine FischerInnen, HändlerInnen und LadenbesitzerInnen müssen zinsenlose Kredite bzw. kostenlos z.B. Fischereigerätschaften erhalten, um ihr Leben weiter führen zu können.
- Die Regierung in Sri Lanka darf kein Geld mehr für Waffen ausgeben. Auch ausländische militärische „Unterstützung“ muss gestoppt werden. Das gesamte Geld soll für Hilfs- und Wiederaufbauprogramme verwendet werden.
- Abzug aller ausländischen Truppen und ein Ende aller Versuche, die Situation zu militarisieren.
- Streichung aller Auslandsschulden. IWF und Weltbank sollen für den Wiederaufbau mit den Geldern zahlen, die sie der ArbeiterInnenklasse von Sri Lanka durch hohe Zinsen und ausbeuterische Methoden gestohlen hat.
- Sofortige Einrichtung von Katastrophewarnsystemen gegen Tsunamis und andere „Naturkatastrophen“.

Die SLP hat in den letzten Wochen zu Spenden für die USP aufgerufen. Zum Drucktermin wurden bereits fast 2000 Euro gespendet. Bis jetzt wurde das Geld für sauberes Trinkwasser, Sanitätsartikeln, Medikamente u.ä. verwendet. Die USP muss aber auch eine politische Kampagne führen, um den Opfern des Tsunami auch längerfristig eine Lebensgrundlage zu gewährleisten. Die katastrophale soziale Situation in den betroffenen Gebieten kann die Grundlage für ethnische Zusammenstöße, für Bürgerkriege u.ä. sein. Schon hetzen religiöse und ethnische FundamentalistInnen bereits. Die USP versucht auch hierzu eine Alternative anzubieten. Wir rufen daher alle LeserInnen auf, die USP hierbei zu unterstützen.

PSK 8812.733, Stichwort: Flutkatastrophe



Konzerne und Regierungen geben nicht mehr als Peanuts

Bush hat bisher 10.000 Dollar gespendet. Weit weniger als das Komitee für eine ArbeiterInneninternationale.

Von Jakob Unterwurzacher, SLP-Wien Nord

Alleine die Wahlparty des US-Präsidenten kostete vierzig bis fünfzig Millionen US-Dollar. Und die österreichische Regierung? Während private SpenderInnen bisher rund zwanzig Millionen Euro aufbrachten, gibt sich Schüssel knausrig: Acht Millionen Euro würde der Staat als Katastrophenhilfe aufbringen, verkündete der Kanzler. Damit liegt Österreich bereits hinter Irland, das allerdings nur halb so groß ist. Tatsächlich werden kaum zusätzliche Mittel mobilisiert: Das Geld wird innerhalb der bestehenden „Entwicklungszusammenarbeit“ umverteilt. Zum Vergleich: Alleine für die Regie-

rungspropaganda im „Gedenkjahr“ sind schon jetzt zehn Millionen Euro vorgesehen. International wurden den betroffenen Staaten etwa vier Milliarden Euro zugesagt. Es ist allerdings nicht selbstverständlich, dass das versprochene Geld auch ausbezahlt wird. Nach dem Erdbeben in Bam/Iran sind etwa heute noch große Teile ausständig. Ausgezahlt werden sollen die vier Milliarden Dollar über die nächsten fünf bis zehn Jahre. Demgegenüber stehen 360 Milliarden Dollar Auslandsschulden (Weltbank 2002), für welche die betroffenen Länder Milliarden Dollar jährlich an Schuldendienst, also Zinsen und Tilgungen, leisten müssen (siehe Hauptartikel). Das internationale Aufgebot an „Geberstaaten“

- zu denen auch Österreich gehört - tut also nichts anderes, als den Ländern ein bisschen von dem, was sie jährlich nehmen, zurückzugeben. Ähnliches gilt für Konzerne, die unter anderem von den Billiglöhnen in der Region blendend profitierten: Daimler spendete 0,016 % des Jahresgewinnes im Nutzfahrzeugbereich, Vodafone spendete 1 Stunde Gewinn - Peanuts! Wir fordern demgegenüber echte und nachhaltige Umverteilung: Allein die Besitzstände des Vatikans würden z.B. genügen, um allen Menschen ausreichenden Impfschutz zu garantieren...

Wirkliche Hilfe! Eine Spende für das CWI.
PSK 8812.733, Stichwort: Flutkatastrophe

Symbol des Widerstands

Vor 40 Jahren wurde Malcolm X ermordet

Von Harald Mahrer,
SLP Wien-Süd

Malcolm X wurde am 29. Mai 1925 in Nebraska geboren. Armut und Rassismus prägten seine Kindheit. Als Jugendlicher versuchte er sich als Kleinkrimineller in Boston und New York. Im Gefängnis kam er in Kontakt zur „Nation of Islam“. Er konnte sich allerdings erst nach längerem Zögern „Allah unterwerfen“, wie dies von Elijah Muhammed, dem selbsternannten Botschafter Allahs, verlangt wurde. Für Malcolm war die „Unterwerfung unter Allah“ Bedingung dafür, sich einer Gesellschaft gegenüber, die ihn tief in die Gosse gestoßen hatte, wieder aufzurichten. Im weiteren Verlauf seiner Entwicklung sollte sich die Religion noch als Hemmschuh herausstellen.

DIE „NATION OF ISLAM“

Die „Nation of Islam“ war eine obskure, reaktionäre Sekte. Sex außerhalb der Ehe war ebenso wie eine Mischung der „Rassen“ verboten. Frauen hatten sich unterzuordnen. Autoritäten waren anzuerkennen (auch weiße bzw. staatliche), solange sie nicht direkt zu Handlungen gegen die Lehren der „Nation of Islam“ aufforderten. Armut wurde als „Tugend vor Allah“ gepriesen.

Als einziges Ziel wurde die Schaffung eines eigenen schwarzen Staates angestrebt. Hatten noch in den 1930ern einige Bundesstaaten schwarze Bevölkerungsmehrheiten, so hatte sich das bis in die 1950er geändert, da Millionen Schwarze in die Ghettos der großen Städte im Norden gezogen waren, um dort Arbeit



Malcolm X: Trotz Widersprüchlichkeiten ein Symbol für Widerstand und Vorbild für Millionen Jugendliche auf der ganzen Welt.

zu finden. Einem schwarzen Staat war die Grundlage entzogen, da ein aus dutzenden Großstadtghettos bestehender Staat wohl kaum lebensfähig wäre. Die Führung der „Nation of Islam“ argumentierte hingegen, dass das „jüngste Gericht“ unmittelbar bevor stünde und im Zuge dessen, die „weißen Teufel“ ausgerottet würden. Vergessen wurde dabei, dass Elijah Muhammed dieses Ereignis bereits für 1936 vorhergesagt und es offenkundig ausblieb.

KONFLIKTE ZWISCHEN MALCOLM X UND DER „NATION OF ISLAM“

Malcolm X ist schnell zu Elijah Muhammeds wichtigstem Mann geworden. Malcolm X wurde landesweit bekannt, als er eine Demonstration vor einem Wachzimmer, in dem ein Mitglied der „Nation of Islam“ misshandelt wurde, organisierte, der sich tausende Schwarze anschlossen.

Der ausschweifende Lebensstil von Elijah Muhammed führte zu einer Entfremdung zwischen Malcolm X und Elijah Muhammed. Mit dem Erstarben der schwarzen Bürger-

rechtsbewegung verschärfte sich die Konflikte zwischen den beiden. Muhammed untersagte jegliche politische Tätigkeit, da er um Steuervorteile als Religionsgemeinschaft fürchtete. Malcolm X wollte sich nicht länger auf das jüngste Gericht vertragen lassen. 1964 verließ er die „Nation of Islam“, nach dem er zuvor bereits Rede- und Versammlungsverbot erteilt bekommen hatte.

DAS LETZTE JAHR DES MALCOLM X

In seinem letzten Lebensjahr reiste Malcolm X viel und begann dabei neue politische Ansätze zu entwickeln. Er orientierte auf sozialistische (in Wahrheit stalinistische) Bewegungen in Afrika, China und Kuba und versuchte schwarze Selbstverteidigung zu organisieren. Mit seinen markigen Sprüchen zur Selbstverteidigung und zum Zusammenhang zwischen Rassismus und Kapitalismus wurde er unter jungen Schwarzen endgültig zum Star. Malcolm X befand sich ideologisch auf dem Weg in Richtung Revolutionär. Dort sollte er jedoch niemals ankommen.

DAS ERBE MALCOLM X'

Am 21. 2. 1965 wurde Malcolm X bei einem öffentlichen Auftritt erschossen. Die Schwarzen Amerikas hatten einen Anführer verloren, der nicht nur intelligent, eloquent und konsequent war, sondern sich im Gegensatz zu vielen anderen nicht korrumpieren ließ. Darüber hinaus gelang es ihm durch sein Wirken in seinem letzten Lebensjahr eine Generation von schwarzen KämpferInnen auf den Sozialismus zu orientieren und „vererbte“ ihr ein neues Selbstbewusstsein, vor allem in Bezug auf Selbstverteidigung.

Eine Gruppe kalifornischer Jugendlicher begann mit dem Aufbau der Black Panther Party for Selfdefense (Schwarze Panther Partei für Selbstverteidigung). Diese Partei war von Beginn an klarer in ihrem Programm als Malcolm X. Bobby Seale, einer der Gründer, führte in einer seiner Reden recht treffend aus: „Wir bekämpfen den ausbeuterischen Kapitalismus nicht mit einem Kapitalismus der Schwarzen, sondern wir bekämpfen den Kapitalismus wesentlich durch Sozialismus. (...) Die Menschen aller Farben in der Arbeiterklasse müssen sich gegen die ausbeuterische, bedrückende herrschende Klasse zusammenschließen. (...) Wir meinen, dass unser Kampf ein Klassenkampf ist, aber kein Rassenkampf.“

Dass diese Partei später an massiver Polizeirepression und auch zunehmender ideologischer Verwirrung zerbrach, ist nicht Malcolm X anzulasten. Trotz aller Widersprüchlichkeit gilt Malcolm X auch heute noch zu recht als hervorragender Kämpfer für die Freiheit - nicht nur der Schwarzen in den USA.

Salzburger SozialistInnen aktiv, erfolgreiche Bundeskonferenz:

SLP im Aufbruch

„Das Programm der SLP entspricht voll und ganz meinen Gedanken und ich finde, es ist unsere Pflicht die Idee des Sozialismus zu verwirklichen.“

Laura, neuestes Mitglied der SLP

Jan Rybak, SLP-Salzburg und John Evers, SLP-Bundesleitung

Die radikalen AbtreibungsgegnerInnen von „Jugend für das Leben“ und „Human Life International“ versuchen gegen die Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs in Salzburger Krankenhäusern mobil zu machen. Am 20. Dezember 2004 fand eine - von höchsten katholischen Würdenträgern unterstützte - Kundgebung vor dem LKH Salzburg statt. Die SLP mobilisierte zur Gegendemonstration, um das Selbstbestimmungsrecht von Frauen über ihren eigenen Körper zu verteidigen. „Jugend für das Leben“ und „HLI“ kündigen ab April Gebetsvigilien vor dem LKH abzuhalten. Die SLP

wird weiterhin gegen den Psychoterror von HLI kämpfen.

AKTIV GEGEN DIE EXTREME RECHTE

Das „Nationaldemokratische Aktionsbüro“ um den Oberösterreichischen Rechtsextremisten Robert Faller hatte für den 20. November letzten Jahres eine Propagandaveranstaltung in Salzburg geplant. Gemeinsam mit dem „Antifaschistischen Aktionsbündnis Salzburg“ mobilisierte die SLP gegen das besagte Treffen von Rechtsextremen und Neonazis. Es gab eine breite Demonstration um die Verbreitung von revisionistischer und neofaschistischer Propaganda entgegenzutreten.

BUNDESKONFERENZ AM 15. UND 16.1.2005 IN LINZ

Nicht nur internationale Gäste, nämlich von unserer tschechischen Schwesterorga-

nisation Socialistická Alternativa Budoucnost (Sozialistische Alternative Zukunft), und vom Internationalen Sekretariat des CWI durfte die SLP bei ihrer Bundeskonferenz begrüßen. Insgesamt nahmen an diesem Ereignis rund 50 Personen teil, davon SLP-Mitglieder aus vier Bundesländern. Diskutiert und beschlossen wurden unter anderem Dokumente zu Österreichischen Perspektiven, Wiener Wahlen und der Geschichte der SLP, die demnächst veröffentlicht werden. Ein Dreh- und Angelpunkt der Analyse war die Veränderung des Bewusstseins der österreichischen ArbeiterInnenklasse vor allem durch das Streikjahr 2003 und die Kämpfe 2004 (z.B. Veloce), aber auch die Frage was die Durchsetzung vieler Angriffe von Regierung und Kapital in weiterer Folge bedeuten können. „In den Umfragen und Gesprächen zeigt sich, dass die grundsätzliche Kampfbereit-

schaft der ArbeiterInnenklasse nicht gebrochen ist. Das zentrale Hindernis für effektive Streiks sind die mangelnde Erfahrung (...) und die bremsende Rolle der Gewerkschaftsbürokratie“ heißt es dazu im Konferenzdokument. Die Konferenz spiegelte sowohl den begonnen bundesweiten Aufbau der SLP, wie auch die Dynamik und Geschlossenheit unserer Partei wider. Trotz lebhaften Debatten fielen alle Beschlüsse in großer Einhelligkeit, der neue Vorstand und die neue Bundesleitung wurden jeweils einstimmig gewählt.

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause - ein „All-Inclusive-Abo“ eben. **PSK 8812.733**

SLP IN EIGENER SACHE

Die SLP-Treffpunkte:

SLP-Ortsgruppe Wien-West

Jeden Mittwoch um 19.00 Uhr, Club International, 16., Payerg. 14

SLP-Ortsgruppe Wien-Süd

Jd. Fr. 19.00 Uhr; Bunte Kuh, 5., Zentag./ Siebenbrunneng.

SLP-Ortsgruppe Wien-Mitte

Jeden Donnerstag um 19.00 Uhr im Amerlinghaus, 7., Stiftg. 8

SLP-Ortsgruppe Wien-Nord

Jeden Freitag, 19.00 Uhr, „Peer Gynt“, 20., Jägerstr. 38

SLP-Linz

Jeden Freitag, 18.00 Uhr „Alte Welt“ (im Keller), Hauptplatz 4

SLP-Salzburg

Anzutreffen jeden Dienstag bei den Treffen von SWI in Salzburg, 19.00 Uhr im „Shakespeare“, Hubert-Sattler-Gasse 3

SLP-Amstetten

Anzutreffen samstags bei den Treffen von SWI, 16.00 Uhr, Segafredo am Hauptplatz. Nicht regelmäßig: Daher Termine unter Tel. 01/524 63 10 erfragen

Die SWI-Treffpunkte:

SWI in Wien

siehe Terminhinweise auf den Seiten 7 und 8.

SWI in Salzburg

jd. Di. 19.00 Uhr im „Shakespeare“, Hubert-Sattler-Gasse 3

SWI-Amstetten

Immer Samstags 16.00 Uhr, Segafredo am Hauptplatz. Nicht regelmäßig: Daher Termine unter Tel. 01/524 63 10 erfragen



VORWÄRTS ist die Zeitung für Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

VORWÄRTS ist parteiisch: Immer für ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

VORWÄRTS ist unabhängig vom großen Geld, aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

Abonnement bestellen:

Tel.: 01/524 63 10

oder EUR 18,00* an PSK 8812.733 überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort „Abo“ nicht vergessen!
* Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00
Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

Argumente gegen den Neoliberalismus!

Die SLP bietet zu vielen aktuellen und historischen Themen Broschüren an, welche Antworten auf brennende Fragen aus der Sicht von ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen und Frauen formulieren. Ein Gesamtverzeichnis der verfügbaren Titel (Von A wie Arbeitszeitverkürzung bis Z wie Zapatistenaufstand in Chiapas) kannst du / können Sie unter Tel. 01/524 63 10 anfordern.

Unsere Empfehlung des Monats:

Krise des Kapitalismus
Wer soll das bezahlen?
Sozialistische Antworten auf Sozialabbau und Armut

A5, 56 Seiten, EUR 4,- (inkl. Versand)

Broschüre wird bei Überweisung auf Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen, Anschrift und Kennwort nicht vergessen!





Neues aus dem CWI

Kampagne gegen Neusiedler/Mondi geht weiter

Ruzomberok/Slowakei: CWI-Mitglieder aus Britannien, der tschechischen Republik und Österreich nahmen in Solidarität zu den AktivistInnen der neuen „ZOO/Papiergewerkschaft“ an deren Konferenz im Jänner 2005 teil. Im September letzten Jahres wurden dort fünf Arbeiter, die eine Petition für höhere Löhne verfasst hatten, entlassen. Von der offiziellen Gewerkschaft kam keine Unterstützung - weshalb die KollegInnen begannen, sich selbst zu organisieren. Obwohl die neue Gewerkschaft „ZOO“ auch rechtlich alle Auflagen, die eine Gewerkschaft in der Slowakei besitzen muss, erfüllt, wird sie vom Management ignoriert und ihre Mitglieder erleiden massive Repressionen. Die KollegInnen sind aber zuversichtlich, dass sie ihre Anerkennung durchsetzen werden und die Wiedereinstellung aller entlassenen KollegInnen erreichen werden.

Infos auf:

www.socialistworld.net,
<http://budoucnost.misto.cz>
und www.slp.at

Streikwelle in Frankreich

Post, Eisenbahn, Chirurgen, Angestellte der Energiekonzerne, LehrerInnen und BeamtInnen: In der dritten Jännerwoche streikten Millionen französischer ArbeitnehmerInnen gegen Budgetkürzungen, Nulllohnstunden und Stellenabbau. In den Schulen gab es die stärksten Proteste: Seit letztem Jahr streikten die LehrerInnen bereits 13-mal gegen die Pensionsreform der Regierung Raffarin. Auch die PostlerInnen wehrten sich sehr aktiv: Gegen die - lt. EU-Richtlinie - versuchte Öffnung des Versandwesens für Private. Zum »Schutz des öffentlichen Dienstes« fanden überall auch Großdemonstrationen statt, um anderen KollegInnen und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, ihre Solidarität zu zeigen.

Mehr Infos:

<http://grcio.org.free.fr>

Massenproteste in Russland

Die Abschaffung der letzten Sozialleistungen der Sowjetunion treibt Millionen alte Menschen ins Elend - regelrechte Hungerrevolten sind die Folge. Mehr u.a. auf der Seite unserer russischen Schwesterpartei: <http://left-avangard.narod.ru>

www.socialistworld.net

Die Zeit ist reif: Neue Linkspartei in Deutschland!?

David Schultz, WASG- und SAV-Mitglied, Hamburg

Vor nicht ganz einem Jahr, im Frühjahr 2004 wurde die Existenz zweier Gruppen bekannt, die sich über die Gründung einer neuen Partei links der Sozialdemokratie Gedanken machten. Besondere Brisanz hatte dies für das Establishment, weil es zum großen Teil gewerkschaftliche FunktionsträgerInnen und Nach-SozialdemokratInnen waren. Wenige Monate später hat die WASG (Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit) über 3000 Mitglieder in ganz Deutschland und bereitet die Parteigründung und den Antritt bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen (NRW), dem größten Bundesland, vor. In Umfragen wurde einer möglichen „Linkspartei“ ein WählerInnenpotential von bis zu 15% zugesprochen.

GIBT ES NUN 2006 EINE NEUE VERTRETUNG FÜR ARBEITERINNEN IN DEUTSCHLAND?

Innerhalb der WASG findet bereits von Anfang an ein Kampf um die Ausrichtung der Partei statt. In vielen Orten gibt es eine Regie der Bun-



des- und -Landesvorstände, die gegen besonders kritische Mitglieder vorgehen. Ob ein Absetzen des Vorbereitungskreises für Berlin durch den Bundesvorstand, das Verteilen von Listen, wer denn für den Landesvorstand genehm wäre in NRW oder die bürokratischen Hürden für kämpferische Opel-Mitarbeiter, die in Bochum eintreten und eine Betriebsgruppe gründen wollten - vieles wird von der derzeitigen Führung versucht,

um die Zügel in der Hand zu behalten. Ebenfalls kursiert gerade ein Entwurf für eine Satzung, welche kritischen Regional- oder Bezirksgruppen kaum Raum zum Atmen lässt. Gleichzeitig wird aber behauptet, eine breite Sammlungsbewegung anzustreben.

SAMMLUNGSBEWEGUNG ODER ARBEITERINNENPARTEI?

Die SAV (Schwesterorganisation der SLP in Deutsch-

land) hat von Beginn am Prozess zur Parteigründung mitgewirkt. Wir denken, dass eine kämpferische Partei für ArbeitnehmerInnen entstehen muss, die Ausstrahlung auf die Millionen von der SPD und der Kapitulation der Gewerkschaftsführung enttäuschten Menschen haben sollte. Sie muss in betrieblichen Kämpfen präsent sein und diese aktiv unterstützen, ob Belegschaften von Daimler, Siemens oder Opel gegen

Kürzungspakete kämpfen oder ob eine Tarifrunde im Öffentlichen Dienst von oben ausverkauft werden soll. Sie muss demokratisch organisiert sein, denn die Leute haben zu oft erlebt, wie sie von oben verarscht worden sind, um in einer Partei aktiv zu werden, in der die Führung ihre Mitgliedschaft abwählen kann. Sie muss gegen die bürgerliche Propaganda auftreten, widerlegen dass kein Geld da sei und zeigen, wo die Gewinne der letzten Jahre und die Exportüberschüsse gelandet sind und wie wir sie uns wiederholen können. Und wenn in der Profitlogik des Kapitalismus keine Antworten mehr für Millionen vorhanden sind, muss sie über dieses System hinaus denken. Die SAV-Mitglieder und viele andere in der WASG kämpfen für eine solche Partei, die einen Unterschied auf der Strasse machen würde, statt nur von Wahl zu Wahl zu denken. Wünscht uns Glück.

TERMIN

Donnerstag, 24.02.2005, Wien

DISKUSSION: „Perspektiven für die WASG“
SLP Wien-Mitte (siehe S. 6)

Interview mit Vitaly Atanasov, Sozialist aus Kiew

Ukraine: Von wegen Demokratie!

Nach den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine gab es eine Massenbewegung gegen die Wahlfälschungen, die zur Aufhebung der Wahl von Viktor Janukowitsch führte. In einer Wahlwiederholung gewann der Gegenkandidat Viktor Juschtschenko. Über diese Bewegung und die beiden Kandidaten sprach Vorwärts mit Vitaly Atanasov, Journalist und Aktivist von Robitnichy Sprotiv - CWI, der ukrainischen Schwesterorganisation der SLP.

VORWÄRTS: In den österreichischen Medien wurde Juschtschenko als der Kandidat dargestellt, der die Ukraine demokratisieren würde, während Janukowitsch der Vertreter der korrupten Elite wäre. Wie siehst Du das?

Janukowitsch repräsentiert die Interessen der Oligarchen, die sich an der Privatisierung der Industrien vor allem im Osten des Landes und an den Wirtschaftsbeziehungen zu Russland stark bereichern konnten. Juschtschenko fand seine Mehrheit im Westen. Seine Kampagne wurde von Schichten des Kapitals finanziert, die noch nicht so stark profitieren konnten und die jetzt auch zum Zug kommen

wollen. Seine Massenbasis konnte er auf Grundlage der unrealistischen Träume vieler Ukrainer über den Lebensstandard im Westen aufbauen, die sich seit der Perestrojka nicht erfüllten.

Beide Kandidaten haben sich die ethnischen Trennlinien zu Nutze gemacht. Leider hat diese Propaganda ihre Wirkung nicht verfehlt. Verschiedene Kapitalfraktionen könnten künftig diese Spaltung verstärkt populistisch gegen die Interessen der ArbeiterInnen missbrauchen.

VORWÄRTS: Die Massendemonstrationen in Kiew - wie begannen sie und welchen Charakter hatten sie?

Die Demonstrationen waren grundsätzlich nur gegen die Wahlfälschungen, auch wenn sie letztendlich die Basis für Juschtschenko bildeten. Bereits die erste Demonstration wurde die bis dahin größte in Kiew. Hunderttausende kamen in der Folge nach Kiew, um ihrem Ärger über die nicht eingelösten Versprechen der Herrschenden Luft zu machen. Leider setzte die Mehrheit Hoffnungen in Juschtschenko, auch ArbeiterInnen, vor allem aus dem Westen des Landes, aus Kiew eher Selbständige, Angestellte und

Intellektuelle. Trotzdem gab es viele, die einfach nur gegen die Korruption protestieren wollten. Es gab hier keinen unabhängigen ArbeiterInnenstandpunkt. Die offiziellen Gewerkschaften, die oft mehr die Interessen der Arbeitgeber als der ArbeitnehmerInnen vertreten, was historisch bedingt ist, schlugen sich auf die Seite des im jeweiligen Landesteil stärkeren Kandidaten. Juschtschenko wird die Hoffnungen der ArbeiterInnen enttäuschen. Trotzdem hat diese Bewegung für die Ukraine einen enormen Fortschritt bedeutet. Sie hat hunderttausende UkrainerInnen die Erfahrung machen lassen, dass sie etwas verändern können.

VORWÄRTS: Worin besteht das Programm von Juschtschenko?

Juschtschenko wird genauso schnell weiterprivatisieren wie Janukowitsch. In wichtigen Fragen wie bei der geplanten Reform des Arbeitsrechts haben sie den selben Standpunkt. Das derzeitige Gesetz, noch aus der Sowjetunion stammend, gewährt den ArbeiterInnen ausgedehnte Rechte. Sie sollen jetzt radikal eingeschränkt werden. Ein Beispiel: Gewerkschaftsmitglieder können derzeit nur

mit Zustimmung der Gewerkschaft gekündigt werden. Beide Präsidentschaftskandidaten unterstützen eine Änderung mit der nicht nur das gestrichen werden soll, sondern die auch dem Arbeitgeber erlaubt, seinen DienstnehmerInnen das Kündigen zu verbieten - das grenzt an Leibeigenschaft. Gegen diese Reform haben wir von RS-CWI eine Kampagne aufgebaut, bei der uns auch einige wenige unabhängige Gewerkschaften unterstützen.

VORWÄRTS: Wie hat RS-CWI sich zur Bewegung verhalten?

Wir haben die Massenbewegung gegen die Wahlfälschungen unterstützt und mit eigenem Material erklärt, dass weder Juschtschenko noch Janukowitsch für eine Politik im Sinne der ArbeiterInnen stehen. Wir rechnen in den nächsten Jahren mit wichtigen, selbständigeren Bewegungen der ArbeiterInnenklasse, die auf dieser Erfahrung aufbauend ihre Rechte verteidigen werden. Daraus könnte dann die Grundlage für eine neue ArbeiterInnenpartei in der Ukraine entstehen.

Zusammengefasst von P. Fleischmann

Juschtschenko in Siegespose. Die ArbeiterInnenklasse der Ukraine hat sicher nicht gewonnen.



VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 143

Februar 2005



Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► **Mehr Programm!**

Das Programm der Sozialistischen Linkspartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

International gegen Rassismus & Kapitalismus!

Ken Horvath, SLP Wien-Süd

Ob EU-Beitritt der Türkei oder Kopftuchverbot in Frankreich: angeblich unveröhnliche kulturelle Gegensätze sind ein Dauerthema aktueller politischer Debatten. Oft sind diese Argumentationen offen rassistisch motiviert. Anschläge von religiösen Fanatikern geben ihnen aber erst das notwendige Unterfutter. "SozialistInnen beurteilen die reaktionären Ziele und Methoden politischer IslamistInnen", meint Niall Mullholland vom Komitee für eine ArbeiterInneninternationale. Ihre Terrorakte sind es, die als Argument für den Kampf der Kulturen dienen und so die Lebenssituation von Millionen Moslems weiter verschlechtern.

IN EUROPA WERDEN MOSCHEEN ANGEZÜNDET!

Tatsächlich zählen MigrantInnen und andere Minderheiten zu den ersten Opfern fundamentalistischer Anschläge. Sie haben mit oft brutalen Raueckten zu kämpfen. So wurde nach dem Mord am holländischen Filmemacher Theo van Gogh - abgesehen von un-

zähligen Anschlägen auf Moscheen - auch vor einer islamischen Volksschule in Eindhoven ein Sprengsatz gezündet. Aber nicht nur rechtsextreme Terroristen, auch Regierungen und rechte Parteien erhalten durch solche Gewaltakte Rückenwind. Polizeikontrollen, Verschärfungen bei Einreisebestimmungen, Einschränkungen religiöser Freiheiten: All das wird diskutiert und umgesetzt. Unter dem Deckmantel der Integration werden verpflichtende Sprachkurse und andere Schikanen gesetzlich verankert.

GEZIELTE SPALTUNG DER ARBEITERINNENKLASSE

Neben dem Abbau demokratischer Rechte wird die durch individuelle Terrorakte bewirkte allgemeine Verunsicherung gezielt zur Spaltung der ArbeiterInnenklasse genutzt. In den Monaten vor dem Mord an van Gogh war es in Holland zu zahlreichen Arbeitskämpfen gekommen. Unter anderem wurde der Hafen von Rotterdam, der größte Hafen der Welt, bestreikt. Nach dem Mord mahnte die Regierung die nationale Einheit ein - angesichts der Of-

fenheit der Gewerkschaftsführung für solche Parolen ein wirksames Mittel gegen den drohenden heißen Herbst.

RELIGION DER ARMUT

Der Islam ist speziell in Europa zur "Religion der Armut" geworden. Ob MarokkanerInnen in den Vorstädten Frankreichs oder TürkInnen und JugoslawInnen in Deutschland und Österreich: Die Gesellschaft, die ihnen als Ziel ihrer "Integrationsbemühungen" präsentiert wird, begegnet der moslemischen Bevölkerung in der Regel mit prekären Arbeitsbedingungen, niedrigsten Löhnen und miserablen Wohnverhältnissen. Mit unzähligen Gesetzen und Verordnungen wird Diskriminierung fest geschrieben. Medien führen breite Kampagnen gegen MigrantInnen, die Kirche verteidigt ihre Privilegien als alleinige Staatsreligion und nicht nur die extreme Rechte verlangt die bedingungslose Anpassung und Unterordnung von ZuwanderInnen. Das ist der wahre "Kampf der Kulturen". Dass politische IslamistInnen von Kabul bis Paris junge Moslems für ihre Zwecke instrumentalisieren

können, ist nicht zuletzt dem Fehlen einer glaubwürdigen Alternative zuzuschreiben. "Aber", so Niall Mullholland, "der politische Islam ist eine Sackgasse für die moslemische Jugend, die sich ihm aus Verzweiflung zuwendet."

SITUATION IN ÖSTERREICH

Wenn es in Österreich Zwischenfälle mit religiösen Fanatikern gibt, dann meist mit AbtreibungsgegnerInnen und der katholischen Kirche. Das darf nicht darüber hinweg täuschen, dass soziale Polarisierung und rassistische Politik auch hier zum politischen Tagesgeschehen gehören. Die FPÖ wird aus ihrer Schwäche heraus verstärkt rassistische und anti-islamische Ressentiments schüren - allen voran HC Strache im kommenden Wiener Wahlkampf. Sie profitiert dabei von der Islamdebatte ebenso wie von der Haltung anderer politischer Kräfte. Mit ihrer Türkei-Spaltung bei, anstatt anzuerkennen, dass ausländische KollegInnen längst zu einem wichtigen Teil der ArbeiterInnenklasse Österreichs geworden sind.

KLASSENKAMPF STATT "KAMPF DER KULTUREN"

Dass Menschen verschiedener kultureller und sprachlicher Herkunft zusammen leben, ist auch in Österreich nichts Neues. Schon um 1900 lebten in Wien 700.000 Personen nichtdeutscher Muttersprache. Der ÖGB hat auf diese Situation bisher nicht entsprechend reagiert. Im Gegenteil: nach wie vor werden ausländische KollegInnen benachteiligt. Die ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung hat letztlich die Wahl, die gemeinsamen sozialen Interessen von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen als Chance zu begreifen um sie grenzenlos zu organisieren, oder sich der Logik vom Kampf der Kulturen - egal von welcher Seite - auszuliefern. Dazu Margarita Döller von Sozialistischer Widerstand international: "Der gemeinsame Kampf gegen Rassismus, Sozialabbau und gegen ein drohendes Erstarken rechtsextremer Kreise - etwa in Form des BFJ in Linz - ist der effizienteste Weg, reaktionären FundamentalistInnen den Boden zu entziehen."

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at